

# freche freiheit

ZEITUNG DER JUNGEN LIBERALEN ZUM BUNDESPARTEITAG DER FDP AM 15. MAI 2009 IN HANNOVER

## Eine Debatte, die keiner braucht

> Nils C. Droste

Spätestens seit dem Beginn des Superwahljahrs 2009 begleitet sie uns wieder – die Debatte um eine Koalitionsaussage. Eigentlich ist sie immer da, mal mehr, mal weniger. Zwar wird offiziell immer beteuert, dass es eine Aussage dazu erst auf dem Sonderparteitag kurz vor der Bundestagswahl geben wird, wer die Berichterstattung in den Medien verfolgt, muss aber zwangsläufig einen anderen Eindruck gewinnen. Die einen werden hässlicher, die anderen nicht schöner. Ach, die Liberalen haben es schon schwer! Zur Erinnerung: Guido Westerwelle sagte dazu auf dem Bundesparteitag in München: „Die FDP ist in keinem Lager mit einer anderen Partei, wir sind unser eigenes Lager.“. Daran sollten wir uns auch halten!

Ein klarer Kurs der Eigenständigkeit ist nötig. Diese Eigenständigkeit leitet sich aus den inhaltlichen Unterschieden zu den politischen Konkurrenten ab. Daher muss es das zentrale Anliegen der FDP sein, diese Unterschiede und ihrer Bedeutung für das Leben der Menschen in Deutschland zu transportieren. Es kommt aber auch auf die Art der Kommunikation an. Wir sind uns sicher: Vernunft würde FDP wählen. Aber

wir sollten uns nicht nur darauf beschränken, die Köpfe gewinnen zu wollen, sondern auch die Herzen mit einbeziehen. Eine einfache Rechnung auf einem Bierdeckel überzeugt eben nicht jeden. Das sollten wir anerkennen.

Wenn wir unsere liberale Programmatik wieder zum Thema machen, brauchen wir uns gar nicht so angestrengt mit Koalitionsoptionen auseinanderzusetzen. Diese ergeben sich dann aus den inhaltlichen Schnittmengen ganz von alleine. Die Jungen Liberalen lehnen eine Vorfestlegung in der Koalitionsfrage ab. Eine Zugehörigkeit zu einem vermeintlichen „bürgerlichen Lager“ sowieso. Wer Wähler für liberale Politik begeistern möchte, sollte keine Mauern aufbauen, sondern alle zu sich einladen. Egal welche Partei sie vorher vielleicht gewählt haben.

Und schauen wir uns die Union doch mal an. Sie hat doch noch nicht einmal ein Wahlprogramm vorgelegt. Bei dem uns so wichtigen Thema Steuerreform führt sie einen Eiertanz auf. Bis zur Bundestagswahl wird noch viel Wasser den Rhein herunterfließen. Lehnen wir uns entspannt zurück und werben wir für unsere Positionen.

## Unsere Kandidaten zur Wahl des FDP-Bundesvorstands



**Johannes Vogel**  
JuLi-Bundesvorsitzender



**Florian Berg**  
JuLi-Bundesprogrammattiker

## Herzliche Einladung zum Netzwerk 80-Treffen

Gemeinsam mit dem Förderverein ehemaliger Bundesvorstandsmitglieder Netzwerk80 und den Jungen Liberalen Hannover-Stadt veranstaltet der Bundesverband der Jungen Liberalen ein „Come together“ am Ende des ersten Tages des 60. FDP-Bundesparteitages.

**Wann?**  
**Freitag, den 15. Mai 2009, ab 22 Uhr (direkt nach Unterbrechung des Parteitages)**

**Wo?**  
**Ständige Vertretung  
Friedrichswall 10  
30159 Hannover  
(direkt am Aegidientorplatz)**

Auch die Delegierten und Gäste des Parteitages sind herzlich eingeladen, in lockerer Atmosphäre den ersten Tag ausklingen zu lassen.



## Wie wichtig sind uns unsere Kinder?

> Florian Berg

Immer wieder hören wir in Sonntagsreden, dass Kinder unsere Zukunft sind und wir sie fördern müssen. In der Realität hat dieser gute Wille dann aber Grenzen und die liegen im Finanziellen. Leider ist es mit den Bekenntnissen dann schnell vorbei und mit dem Hinweis auf den engen finanziellen Rahmen wird gesagt, dass man doch nicht so viel investieren kann.

Chancengerechtigkeit beginnt nicht erst mit der Frage der Studiengebühren, sondern bereits im Elementarbereich. Nur, wenn wir es schaffen allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel und dem Bildungsstand der Eltern, eine individuelle Förderung zu kommen zu lassen, können wir gleiche Startchancen gewährleisten. Studien zeigen, dass sich frühe Förderung später umso mehr auszahlt. Von daher sollten wir den Mut und die Kraft haben, Mittel für den Bereich Kinderbetreuung frei zu stellen. Investiti-

onen in Bildung sollten Vorrang vor Subventionen haben.

Die Stadt Heilbronn beispielsweise hat es vorgemacht, dass man mit dem politischen Willen Kinderbetreuung kostenfrei anbieten kann. Hier müssen wir Vordenker sein. Was bringt es uns, wenn wir Eltern die gesetzliche Möglichkeit geben einen Platz im Regelkindergarten zu bekommen und den eventuell nur im letzten Jahr kostenfrei zu machen?

Ein Platz von 8 Uhr morgens bis 12 oder 13 Uhr mittags ist zwar besser als keiner, aber für Berufstätige bei weitem nicht ausreichend. Wir treten nicht für ein starres Rollen- oder Familienbild ein, wir wollen es allen Eltern ermöglichen ihren individuellen Lebensentwurf zu verwirklichen. Der Staat muss hierfür die Rahmenbedingungen schaffen, damit Eltern eine echte Wahlmöglichkeit haben. Dies bedeutet dann auch, dass es ein

flächendeckendes, dem Bedarf entsprechendes Ganztagesangebot geben muss.

Politik muss die Kraft haben Prioritäten zu setzen und diese dürfen auch Geld kosten, wenn man der Überzeugung ist, dass es richtig ist. Und besonders im Bereich Kinderbetreuung und Bildung zahlt sich das später umso mehr aus. Diese Rendite würde am Finanzmarkt jeder sofort mitnehmen. Wir sollten die Kraft besitzen dies endlich auch im Bildungsbereich einzusehen, dass jeder ausgegebene Euro uns später ein Vielfaches sparen wird.

Deshalb setzen sich die Jungen Liberalen für kostenfreie Kinderbetreuung ein.

# Keine Einbürgerung rückwärts!

## Für die doppelte Staatsbürgerschaft

> Jan Krawitz

Anfang der Woche verlieh Bundeskanzlerin Merkel an 16 Neubürger Einbürgerungsurkunden im Bundeskanzleramt. Freudestrahlend wurde auf die Erfolgsgeschichte der jüngsten Einbürgerungs- und Integrationspolitik verwiesen.

Der Appell an alle auf Dauer in Deutschland lebenden Ausländer sich einbürgern zu lassen, klang dennoch etwas hilflos. Denn immer weniger von ihnen wollen Deutsche werden. Ließen sich im Jahr 2007 noch 113 000 Menschen einbürgern, so lassen die bereits vorhandenen Zahlen vermuten, dass im Jahr 2008 wohl kaum noch die Hunderttausendermarke geknackt werden dürfte. Woran liegt also das Problem? Für viele Migranten, die sich eigentlich gerne einbürgern lassen würden, ist die Frage der Staatsbürgerschaft auch eine Frage nach der Loyalität zur alten Heimat.

Will man diese Menschen an Deutschland binden und sie daher zu deutschen Staatsbürgern machen, muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass in der Brust eines Bürgers durchaus zwei Herzen schlagen können. Hier muss Politik die Realitäten der heutigen Zeit zur Kenntnis nehmen: Bi- oder multinationale Familien werden künftig noch zunehmen und irgendwann zur Normalität werden, Lebensläufe lassen sich in einer immer enger zusammen wachsenden Welt nicht mehr in die alten Muster des Staatsbürgerschaftsdenken pressen. Die Aussage des Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach, der am liebsten hinter das Staatsbürgerschaftsrecht vor 2000 zurückkehren würde, ist eben grundlegend falsch, wenn er behauptet, dass es „keine doppelten Loyalität-

ten bei der Staatsangehörigkeit geben kann“. Sie gibt es sehr wohl und macht den Einbürgerungswilligen auch nicht zu einem schlechteren Deutschen. Das Gefühl der Zugehörigkeit ist nun einmal sehr viel vielschichtiger, als es sich durch ein Papierdokument in rotem Deckel festsetzen lässt.

Als besonders problematisch stellt sich die so genannte „Optionsregelung“ dar. Sie besagt, dass ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhält, wenn wenigstens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig hier lebt. Zugleich behält es die Staatsangehörigkeit der Eltern. (Dies gilt auf Antrag auch für Kinder, die vor diesem Stichtag geboren wurden, rückwirkend bis zum Jahrgang 1990.) Nach dem 18. Lebensjahr müssen sich diese Personen dann jedoch für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

So stehen viele junge Erwachsene vor dem Konflikt, dass das Abgeben etwa des türkischen Passes oft als Affront gegenüber den eigenen Eltern empfunden wird. Im Jahr 2008 standen erstmals rund

3300 junge Erwachsene vor dieser Entscheidung. Ab dem Jahr 2018 werden es jedes Jahr etwa 50.000 Zuwanderer-Kinder sein. Doch das ist Einbürgerung rückwärts!

Verschärfend kommt hinzu, dass die Regel der Einstaatigkeit schon heute vielfach durchbrochen wird. So dürfen Bürger anderer EU-Staaten, die eingebürgert werden, ihren alten Pass ebenso behalten wie Schweizer oder auch Spätaussiedler. Ausnahmen gibt es auch, wenn ein Elternteil des Doppelpass-Besitzers Deutsch ist. Umgekehrt ist es auch Deutschen, die sich in einem EU-Mitgliedstaat einbürgern lassen, gestattet, die deutsche Staatsangehörigkeit beizubehalten. Darüber hinaus kann es immer dann zur doppelten Staatsbürgerschaft (korrekterweise heißt sie multiple oder Mehrfachstaatsbürgerschaft) kommen, wenn der Betroffene aus einem Land stammt, dass die freiwillige Abgabe der Staatsbürgerschaft nicht erlaubt oder diese nicht nachprüfbar ist.

Wie viele Personen es in Deutschland mit „doppelten Staatsbürgerschaften“ gibt, wird in keiner Statistik erfasst. Es ist jedoch davon auszugehen,



dass es sich bereits um eine beachtliche Zahl handelt.

**B**esondere Probleme durch Mehrstaatigkeit entstehen nicht. Selbst das Bundesinnenministerium konstatierte dies in einer Zwischenbilanz im letzten Jahr. Das am häufigste hervorgebrachte Argument ist die Wehrpflicht, der junge Männer mit

Doppelpass möglicherweise entgehen könnten.

Doch auch hier sind die Regeln klar: Wer als Mehrstaatler in Deutschland lebt, muss auch in Deutschland zum Militärdienst. Und wer freiwillig als Berufssoldat bei einer fremden Armee anheuert, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Nun ist es also an der Zeit sich

nach der Bundestagswahl von dem Relikt des Verbotes der Mehrstaatlichkeit zu verabschieden. Den Realitäten eines Einwanderungslandes muss endlich Rechnungen getragen werden. Mit der heutigen Regelung wird man junge Menschen nicht näher an Deutschland binden, eher ist das Gegenteil der Fall sein.

## Willkommen in der JuLi-Lounge!



**I**n unserem Lounge-Bereich möchten wir gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen – über die Arbeit der Jungen Liberalen, das Engagement unserer Mitglieder, über unsere Meinung in der aktuellen Politik oder einfach über den Parteitag. Kommen Sie vorbei! Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

### Freche Freiheit

Zeitung der Jungen Liberalen zum Bundesparteitag der FDP

### Herausgeber:

Bundesverband der Jungen Liberalen  
Ackerstr. 3b, 10115 Berlin

**Chefredaktion, V.i.S.d.P.:** Sabine Weisel

**Layout:** Sabine Weisel

**Mitarbeit:** Nils Droste, Oliver Olpen, Jan Krawitz, Florian Berg.

**Fotomaterial:** [www.fotocommunity.de](http://www.fotocommunity.de)

**Auflage:** 1.000 Exemplare

Die Freche Freiheit ist auf der Homepage der Jungen Liberalen unter [www.julis.de](http://www.julis.de) abrufbar.